

Ökonomen benoten die Ampel nur mit „ausreichend“

Auch zu Sachthemen wie verbilligtem Industriestrom äußern sich Forscher im Ifo-Ökonomenpanel kritisch

mas. BERLIN. Wirtschaftswissenschaftler stellen der Regierungskoalition aus SPD, FDP und Grünen ein schlechtes Zwischenzeugnis aus. Nur 15 Prozent der Teilnehmer am Ökonomenpanel des Münchner Ifo-Instituts und der F.A.Z. bewerten die Arbeit der Ampel mit sehr gut oder gut, hingegen geben ihnen 43 Prozent ein Mangelhaft oder Ungenügend. 14 Prozent halten eine Vier für angemessen, 24 Prozent eine Drei. Alles in allem kommt die Ampel damit im Durchschnitt auf ein Ausreichend. An der regelmäßigen Umfrage haben dieses Mal 205 Professoren teilgenommen.

Zu den wohlwollenden Stimmen gehört Ernst-Ludwig von Thadden (Universität Mannheim). Er bescheinigt der Ampel „eine Politik, die sich trotz großer globaler Schwierigkeiten endlich den grundlegenden Fragen (ökologische Transformation, Migration und sozialer Wandel, Energieversorgung, Digitalisierung, öffentliche Infrastruktur, internationaler Handel) zuwendet und dies trotz einiger interner Meinungsverschiedenheiten erfolgreich hinbekommt“. Erst Ende des Jahrzehnts lasse sich der Erfolg evaluieren. Auch Philipp Harms aus Mainz äußert sich positiv. „Trotz der zahlreichen Abstimmungsschwierigkeiten in einem von heterogenen Interessen und Prioritäten geprägten Kabinett muss anerkannt werden, dass die derzeitige Regierung viele dringende (und lange aufgeschobene) Reformprojekte angeht und sich den neuen Herausforderungen verantwortungsbewusst und kompetent stellt.“

Dagegen rät Mario Mechtel (Lüneburg) der Bundesregierung, mit unkoor-

dinierten und wohl oft wenig wirksamen Einzelmaßnahmen etwa im Bereich der Industriepolitik aufzuhören. Für den Klimaschutz lasse sich nach seiner Ansicht durch eine konsequente Ausweitung des Emissionszertifikatehandels in Kombination mit einer Ausschüttung der Einnahmen an die Bürger mehr erreichen. Silke Übelmesser (Jena) urteilt ähnlich, sie schreibt: „Die großen Transformationsthemen erfordern Politiken, die die Anreize in den Vordergrund stellen, und keine kleinteiligen Regelungen zum Ziel haben (siehe CO₂-Preis).“ Dabei sei der soziale Ausgleich immer mitzudenken und ein geschlossenes Auftreten der Regierung anzustreben.

Gisela Färber (Speyer) wünscht sich ebenfalls eine Wirtschaftspolitik, die sich auf marktwirtschaftliche Instrumente wie die CO₂-Emissionsabgabe besinnt, „anstatt neue bürokratische Monster zu

bauen“. Anreize seien besser als Ge- und Verbote einschließlich Strafen. Damit nehme man niemanden mit. Gute Wirtschaftspolitik brauche eine breite Unterstützung von denen, die sie bezahlen müssten. Die Regierung hat nach ihrer Einschätzung mit den Rekordsubventionen nur bewirkt, „dass nun alle Interessenverbände lauthals jammern und nach noch mehr Staatsgeld schreien“. Jürgen von Hagen aus Bonn merkt nur kurz an: „Wie so oft: ‚Erst denken, dann reden‘ ist die bessere Reihenfolge.“

Verbilligter Industriestrom, Atomenergie-Aus, Gebäudeenergiegesetz, Bürgergeld-Plus: Auch die Fragen zu einzelnen Sachthemen zeigen zumeist ein kritisches Urteil der Ökonomen. Während die Ampel noch darum ringt, ob der Staat den Strom für die Industrie für eine gewisse Zeit verbilligen sollte, um energieintensive Produktionen im Land zu halten, gibt

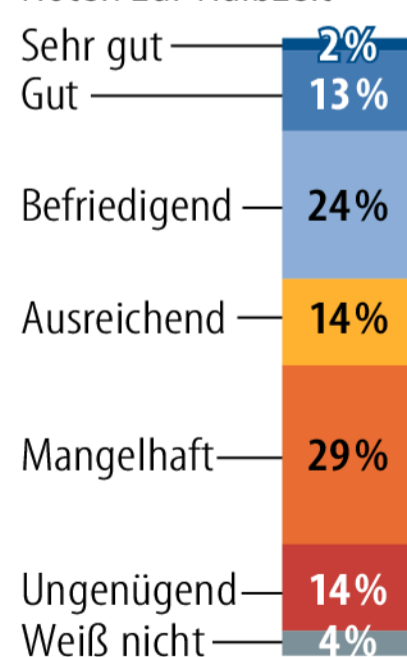
es hierzu unter den Wirtschaftswissenschaftlern ein eindeutiges Bild: 83 Prozent der Volkswirtschaftsprofessoren lehnen das ab. Sie fürchten falsche Anreize. Die Befürworter verweisen unter anderem auf die Befristung. Wirtschaftsminister Robert Habeck, seine Grünen und die SPD-Fraktion sind Anhänger eines verbilligten Industriestrompreises, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Finanzminister Christian Lindner (FDP) und die FDP-Fraktion sind dagegen.

Eine Mehrheit der Ökonomen ist auch gegen den Ausstieg aus der Atomkraft, weil dadurch eine klimafreundliche und kostengünstige Energiequelle abgestellt wurde. 60 Prozent der Teilnehmer beurteilen das Heizungsgesetz kritisch. Die Gründe lauten: zu kleinteilige Regulierung und teilweise planwirtschaftliche Instrumente. Die Kosten für die privaten Haushalte seien unnötig hoch.

55 Prozent der Professoren sind gegen die Anhebung des Bürgergelds im nächsten Jahr um 12 Prozent. Sie befürchten abnehmende Arbeitsanreize gerade im Niedriglohnsektor. Dagegen unterstützen 33 Prozent der Ökonomen die Anhebung des Bürgergelds. Sie argumentieren, es handele sich um einen Inflationsausgleich und schmälere die soziale Ungleichheit. Gespalten zeigt sich die Zunft bei der geplanten Senkung der Einkommensgrenze für das Elterngeld. 46 Prozent der Befragten unterstützen das Vorhaben, und 42 Prozent lehnen es ab. Bei einem zu versteuernden Einkommen von 150.000 Euro und mehr will die Regierung künftig kein Elterngeld mehr zahlen.

Ökonomenbewertung der Ampelregierung

Noten zur Halbzeit



Unterstützen Sie einen staatlich subventionierten Industriestrompreis für energieintensive Unternehmen?



Unterstützen Sie die im September verabschiedete Novelle des Gebäudeenergiegesetzes („Heizungsgesetz“)?



Befragung von 205 VWL-Professorinnen und Professoren (vom 19. bis 26.9.2023).
Quelle: 44. Ökonomenpanel von Ifo Institut und F.A.Z./F.A.Z.-Grafik Brocker